

Bundesminister für Europa,
 Integration und Äußeres

Mag. Alexander Schallenberg
 Bundesminister

Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Präsident des Nationalrates
 Parlament
 1017 Wien

Geschäftszahl: BMEIA-CN.2.13.33/0007-II.8a/2019

Wien, am 30. September 2019

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Douglas Hoyos-Trauttmansdorff, Kolleginnen und Kollegen haben am 30. Juli 2019 unter der **ZI. 4080/J-NR/2019** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „China-Strategie des Außenministeriums“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 5:

- *Existiert im BMEIA eine klare China-Strategie Österreichs, die die Interessen Österreichs bezüglich internationaler Zusammenarbeit, Handel etc. mit China abbildet?*
- *Wenn ja, bitte um Übermittlung an das Parlament.*
- *Wenn ja, wann wurde diese erstellt und wer hat daran mitgewirkt?*
- *Wenn ja, wurden andere Ministerien eingebunden? Wenn ja, welche und mit welchem Ergebnis?*
- *Wenn nein, sehen Sie dafür eine Notwendigkeit?*
- *Gibt es eine österreichische Position zur One Belt One Road Initiative?*
- *Wenn ja, wie lautet diese und seit wann liegt sie vor?*
- *Wenn ja, wann gelangte das BMEIA zu dieser Position?*
- *Gibt es bereits eine Risikoanalyse betreffend der One Belt One Road Initiative für Österreich, die beleuchtet, inwiefern chinesische Investitionen in und um Österreich im Zuge dieser Initiative sich eventuell nachteilig auf österreichische Unternehmen bzw. auch die Sicherheit (Stichwort Investments in kritische Infrastruktur) Österreichs haben könnte?*
- *Wenn ja, welche Risikofaktoren wurden identifiziert und wie wird das Ministerium darauf reagieren?*

- *Beobachtet das Außenministerium die Auswirkungen der One Belt One Road Initiative auf dem Westbalkan?*
- *Wenn ja, wie bewerten Sie diese bisher?*
- *Österreich engagiert sich sehr im Heranführungsprozess der Westbalkanstaaten an die EU. Konnten Sie negative Auswirkungen der OBOR Abkommen in der Region auf den Beitrittsprozess feststellen?*
- *Wenn ja, wie wird darauf reagiert?*
- *Gibt es Ihrer Analyse nach Auswirkungen davon auf die österreichischen Investments auf dem Westbalkan? Wenn ja, welche?*
- *Fanden Gespräche bezüglich eines österreichischen Abkommens mit China im Rahmen der OBOR Initiative statt?*
Wenn ja, wann, mit wem und mit welchem Ergebnis?
- *Wenn nein, sind solche Gespräche grundsätzlich im Außenministerium geplant?*

Die Volksrepublik (VR) China wird zu einem immer wichtigeren Akteur in der Außenpolitik. Im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) wurde daher ein eigenes Referat für die Koordinierung der China-Agenden eingerichtet. Zudem wurde eine Sonderbeauftragte für die Implementierung der österreichisch-chinesischen strategischen Partnerschaft bestellt. Als Basis der strategischen Positionierung der österreichischen Diplomatie gegenüber China dienen die Prinzipien und Leitlinien der gemeinsamen Außenpolitik der Europäischen Union (EU), die im Sinne der österreichischen Interessen ausgestaltet werden. Dazu zählen unter anderem die China Strategie der EU oder die jüngst verabschiedete EU Konnektivitätsstrategie mit Asien. Letztere ist auch Basis für die Positionierung Österreichs mit Bezug auf die „One Belt One Road“-Initiative (OBOR) der VR China. Die 2018 vereinbarte „Freundschaftliche strategische Partnerschaft zwischen der VR China und Österreich“ umfasst alle relevanten Aspekte der bilateralen Beziehungen.

Konkrete Verhandlungen bezüglich eines österreichischen Abkommens mit der VR China im Rahmen der OBOR-Initiative sind nicht geplant. Das chinesische Engagement bei Auslandsinvestitionen wird von Österreich sehr genau beobachtet und ist auch regelmäßig Gegenstand von Debatten in EU-Ratsgremien. Das gilt insbesondere für das chinesische Engagement am Westbalkan. Gerade hier besteht oft auch ein direktes Konkurrenzverhältnis zwischen den europäischen bzw. österreichischen Investitionen mit jenen der VR China. Wesentlicher Fokus muss daher auch weiterhin bleiben, darauf zu achten, dass das Engagement der VR China mit der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung der Region und den Reformprozessen in diesen Ländern kompatibel ist und bei der Ausschreibung und Durchführung von Projekten EU-Standards insbesondere in Bereichen wie Rechtsstaatlichkeit und Transparenz eingehalten werden.

Mag. Alexander Schallenberg

